

FRAKTION NEU-ANSPACH

Gudula Bohusch
Fraktionsvorsitzende

Am Zäunefeld 9
61267 Neu-Anspach
Tel: +49 (6081) 67580
gudula.bohusch@t-online.de

Neu-Anspach, 05.03.13

GRÜNE fordern: KiföG zurückziehen!

Aus Sicht der GRÜNEN gibt das neue KiföG keine Antworten auf die Herausforderungen an eine für Kinder und Eltern verlässliche und gute Kinderbetreuungspolitik. „Weder wird die Zukunftsaufgabe der Sicherstellung der Grundschulkindbetreuung noch die Inklusion von Kindern mit Behinderung oder von Behinderung bedrohten Kindern in Kindertagesstätten angemessen geregelt.

Der Gesetzentwurf ist der Ausdruck einer Landesregierung, die kein Konzept und keine Ziele in der frühkindlichen Bildung hat“, so Gudula Bohusch, Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung von Neu-Anspach.

Die im Gesetzentwurf bislang verankerten Vorgaben lassen befürchten, dass sich die bisherigen Qualitätsstandards der Kinderbetreuung deutlich verschlechtern.

Dazu gehört die Zulassung von 20% fachfremden Personal. Die Erzieherinnen und Erzieher empfinden diese Lösung als mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit und Entprofessionalisierung der frühkindlichen Bildung.

Der Fachkräftemangel war seit Jahren absehbar. Die grüne Landtagsfraktion hat schon vor drei Jahren ein „Aktionsprogramm Erziehermangel bekämpfen“ vorgelegt.

Ebenso die mögliche Erweiterung der Gruppengröße bei U3-Kindern :

Wir halten die nun mögliche Anhebung auf 15 bei Kindern unter drei Jahren für pädagogisch unverantwortlich. Insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bindungsforschung, nach denen kleine Kinder für eine gute Bildungs- und Betreuungssituation eine feste Bindung und feste Bezugspunkte brauchen, lehnen wir die geplante Neuregelung ab.

In Neu-Anspach haben wir unter großen finanziellen Anstrengungen und mit Unterstützung aller Fraktionen gerade in diesem Punkt die hessische Mindestverordnung umgesetzt und eine 4-gruppige Bildungs- und Betreuungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren gebaut.

In puncto Öffnungszeiten soll nur noch eine maximale wöchentliche Öffnungszeit von 42,5 Stunden vom Land bezuschusst werden. Längere Öffnungszeiten gehen dann zu Lasten unserer Kommune. In Zeiten knapper Kassen könnte dies auch in Neu-Anspach eine Kürzung

der Öffnungszeiten bedeuten. Diese rückwärts gewandte und familienfeindliche Politik steht dem Wunsch der Neu-Anspacher Eltern nach längeren Öffnungszeiten und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv entgegen.

Wir GRÜNE fordern eine gute und verlässliche Bildung und Betreuung der hessischen Kinder im Sinne von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit!

Wir GRÜNE fordern, diesen Gesetzentwurf für ein neues Kinderfördergesetz zurückzuziehen und ein zukunftsfähiges Konzept mit hohen Qualitätsstandards für Bildung und Betreuung in Hessen zu entwickeln!